

Bundesrat bemängelt fehlende Verbesserung der Eingliederungschancen

Arbeitsmarktreform gestoppt

Der Bundesrat hat die geplante Arbeitsmarktreform vorläufig gestoppt. Nach heftiger Kritik, die die von Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU) eingebrachte „Instrumentenreform“ begleitete, entschied nun die Länderkammer in Berlin, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Auch der Sozialverband Deutschland (SoVD) hatte zuvor unter anderem in einem dringenden Appell an die Bundesregierung gefordert, den Gesetzentwurf zu stoppen, der nach Überzeugung des Verbandes zu einer massiven Verschlechterung der Eingliederungschancen für ältere und schwerbehinderte Menschen führen würde. Auch der verantwortliche Bundsratsausschuss für Arbeit und Sozialpolitik missbilligte, dass mit der vorgeschlagenen Reform die Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt nicht verbessert würden. Vielmehr stünden bei dem Gesetzesvorschlag die Einsparungen im Vordergrund.

Mit den Neuregelungen will die Bundesarbeitsministerin die Arbeitsmarktförderung effektiver ausgestalten und auf diese Weise bis 2015 jährlich zwei Milliarden Euro einsparen. Der SoVD hat nichts gegen mehr Effizienz und Effektivität, sieht aber die Gefahr, dass



Foto: Luma/fotolia

Sparvorhaben auf dem Rücken behinderter Menschen? Die Vorschläge der Instrumentenreform gehen zulasten von Personengruppen, die auf dem Arbeitsmarkt ohnehin benachteiligt sind.

die Gesetzesreform vor allem zulasten der schwer vermittelbaren Personengruppen, insbesondere zulasten gering qualifizierter Jugendlicher sowie älterer und behinderter Menschen gehen wird. Diese absehbaren Belastungen und Einschränkungen sind aus Sicht des Verbandes keinesfalls hinnehmbar.

„Die beabsichtigten Ziele des Gesetzentwurfes – verstärkte Dezentralität, Fle-

xibilität, Individualität und Transparenz bei den Arbeitsmarktinstrumenten – erscheinen zwar auf den ersten Blick sachgerecht. Genauer betrachtet stehen sie jedoch im krassen Widerspruch zu den massiven Kürzungsvorgaben, denen die Bundesagentur für Arbeit unterworfen werden soll“, machte SoVD-Präsident Adolf Bauer die Unvereinbarkeit der Ansätze deutlich. Zusätzlich drohen

der Bundesagentur für Arbeit nämlich Mindereinnahmen von voraussichtlich mehr als 12 Milliarden Euro, weil der Bund seine Beteiligung an der Arbeitslosenversicherung schrittweise halbieren wird. Damit an Kürzungsvorhaben aber noch nicht genug: Indem die Bundesregierung zusätzlich plant, die Erstattungspflicht für Rentenversicherungsbeiträge im Eingangs-

Fortsetzung auf Seite 2

„Eine Ausbildung, die Sinn gibt“

Berufsbildungswerk Bremen ermöglicht Jugendlichen mit Körperbehinderung berufliche und soziale Integration
Seite 6+7



„Bitte keine heiße Luft!“

Verbände kritisieren KMK-Empfehlungen zur Inklusiven Bildung
Seite 3



„Pflege braucht mehr als Kosmetik!“

SoVD fordert Unterstützung der häuslichen Pflege
Seite 9



Pflege braucht mehr als Kosmetik!

Anzeige

www.menschenAb50.de

Als SoVD-Mitglied genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Pflegeeltern-Risikoversicherung*

- Beitrittsalter 18-80 Jahre
- Wahl der monatlichen Pflegeeltern von 150 bis 1.000 EUR
- Im Pflegefall nach dem 3. Versicherungsjahr lebenslange Leistung
- Leistung bereits ab Pflegestufe 1
- Beitragsbefreiung bei Eintritt des Pflegefalles

*Voraussetzung ist eine SoVD-Sterbegeld-Vorsorge

Haben Sie Interesse?

ERGO Lebensversicherung AG
Organisation für Verbandsgruppenversicherungen, 22287 Hamburg

ERGO



Blickpunkt

Nach den Besetzern der New Yorker Wall Street gingen im Oktober Hunderttausende in 82 Ländern auf die Straße, um gegen die Auswüchse der Finanzmärkte zu protestieren. Auch in Deutschland demonstrierten allein in Frankfurt und Berlin zehntausend Menschen – unter ihnen Studenten, Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen und -männer und Geschäftsleute. Für viele von ihnen war es vermutlich die erste Demonstration ihres Lebens. Was vereint die oft (viel

zu) lange schweigende Mehrheit zu einer solch beispiellosen Aktion?! Verbunden wurden die Protestierenden von dem sicheren Gefühl, dass in Sachen soziale Gerechtigkeit etwas Grundsätzliches schief läuft! Zum Beispiel: Es geht nicht an, dass die Steuerzahler für die Rettung maroder Banken bluten müssen, während die Verursacher nicht mit einem Teil ihres eigenen Kapitals ebenfalls dafür einstehen müssen. Und es kann nicht sein, dass sozial ohnehin benachtei-

ligte Personengruppen für die Fehler von Banken und Politik mit Arbeitslosigkeit und Armut zahlen müssen... Unterstützung bekamen die Demonstranten durch zahlreiche Beiträge von Politikern unterschiedlicher Parteien sowie von namhaften Ökonomen. Es bleibt zu hoffen, dass die Politik nun Grenzen hoher Risiken wieder mit einer eigenen Haftung einhergeht.

Edda Schliepack
Bundesfrauensprecherin

Der weite Weg des Weihnachtzuges

Der Familien-Wettbewerb in der SoVD-Zeitung
Seite 18

Welche Kasse ist die Beste?

SoVD-Broschüre gibt Tipps
Seite 8

